

<http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/west/Zu-Oma-und-Opa-statt-zum-Vormund-id2319441.html>

## Soziales

# Zu Oma und Opa statt zum Vormund

Kommentare: [1](#) [Trackback-URL](#)

West, 29.12.2009, Matthias Oelkrug



**Eine „Großelterninitiative“ mit Beistand der liberalen Senioren“ aus Homberg will das Großeltern-Sorgerecht für Kinder aus Problemfamilien erleichtern. Das sei für die betroffenen Kinder allemal besser, als in die Mühlen der staatlichen Fürsorge zu geraten.**

Rund um die gerade überstandenen Weihnachtstage und die ruhige Zeit „zwischen den Jahren“ rückt sie verstärkt ins Blickfeld: Die Beziehung zwischen Großeltern und ihren Enkelkindern. Einer, der sich auch abseits von Geschenken und weihnachtlichen Verwandtschaftsbesuchen für Enkelkinder – nicht nur die eigenen – engagiert, ist Sieghard Erdt aus Homberg. Der 67-Jährige unterstützt die Essener „Bundesinitiative Großeltern von Trennung und Scheidung betroffener Kinder“ (BIGE).

Der ehemalige Homberger und spätere Duisburger Ratsherr ist heute als „Regionalbeauftragter“ für Duisburg und den Niederrhein bei den „Liberalen Senioren“ aktiv, einer Organisation der FDP. Seit der letzten Kommunalwahl im August dieses Jahres sitzt Erdt außerdem für die Liberalen im städtischen Senioren-Beirat.

Auch wenn es noch nicht für einen Duisburger oder gar einen Homberger Ortsverein reicht, ist Erdt nicht der einzige liberale Senior mit Bezug zur „Stadt im Grünen“: „Die Reinhild Sachtleben“, verrät er, „kommt zwar aus Königswinter, aber der Nachname täuscht dennoch nicht. Ihr Mann ist der Enkel des Chemiewerk-Gründers.“

Die von Erdt und seinen Mitstreitern unterstützte Initiative BIGE macht sich dafür stark, dass bei Trennungen oder Ehescheidungen das Wohl der darin involvierten Kinder stärker berücksichtigt wird. Und das wäre laut Erdt zum Beispiel dadurch möglich, dass Großeltern in Problemfällen, bei denen die Kinder nicht bei den Eltern bleiben können, einfacher das Sorgerecht erlangen: „Millionen von älteren Menschen haben noch Spaß an gemeinnütziger Arbeit, und wo wäre die näherliegend als da?“ Für die Kinder sei ein Einspringen von Großeltern definitiv besser als eine Pflegefamilie oder gar ein Heim: „Natürlich ist es wichtig, Kinder vor Vernachlässigung oder Misshandlung zu schützen. Aber wir müssen darauf achten, dass sie dabei nicht vom Regen in die Traufe geraten. Wenn ein städtischer Mitarbeiter die Vormundschaft für 50 Kinder übernimmt, kann mir keiner erzählen, dass da individuelle Betreuung stattfindet. Und Bindungslosigkeit sorgt bei Kindern für Haltlosigkeit.“

Auch unter finanziellen Gesichtspunkten sei es ratsam, auf die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Hilfe zurück zu greifen: „Ein von den Behörden betreutes Kind kostet die öffentliche Hand durchschnittlich 1,1 Millionen Euro. Und es ist ja nicht so, dass das Kind etwas davon hätte.“